

Humanitäre Hilfe und politische Interessen

Der Kampf um Syrien im UNO-Sicherheitsrat

Die Kritik der internationalen »humanitären Helfergemeinschaft« könnte harscher nicht ausfallen. Nach der Entscheidung des UNO-Sicherheitsrates, die Bevölkerung im Norden der syrischen Provinz Idlib zunächst für ein weiteres Jahr über den syrisch-türkischen Grenzübergang Bab al Hawa mit UNO-Hilfslieferungen zu versorgen, wurden Dutzende empörter Stellungnahmen privater und staatlicher, nationaler und internationaler Hilfsorganisationen veröffentlicht. Nachzulesen sind viele davon bei »Reliefweb«, dem Internetportal des UNO-Büros für die Koordination von humanitären Angelegenheiten (OCHA).

»Viele werden nicht mehr die Hilfe erhalten, die sie brauchen«, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung von den US-amerikanischen Mercy Corps, einem NGO-Forum, und einer syrischen NGO-Allianz, die auf ihrer Webseite 18 Mitglieder ausweist. »Menschen werden sterben, das Leid wird zunehmen«. Der Vorsitzende des US-amerikanischen »Internationalen Rettungskomitees«, IRC, der ehemalige britische Außenminister David Miliband (2007-2010) beklagt das Abstimmungsverhalten Chinas und Russlands im UNO-Sicherheitsrat als »dunklen Tag für die syrischen Zivilisten, einen dunklen Tag für die UNO und eine Schande«. Angesichts der Gefahr von COVID-19 müsse »die Welt sich zusammenschließen«, forderte Miliband. Die Gefahr einer Pandemie könne nur gebannt werden, wenn alle drei Grenzübergänge – Bab al Hawa, Bab al-Salam und Al Yaroubiya – wieder geöffnet würden bzw. geöffnet blieben, meinte er.

Auch der deutsche Botschafter bei der UNO, Christoph Heusgen, bediente sich einer Erklärung der UNO-Kinderhilfsorganisation UNICEF, als er nach der Abstimmung den Botschaftern von Russland und China eine Strafpredigt hielt: »Der deutsche Botschafter fragt, ob sie angesichts von 500.000 Kindern, die nun von Hilfe abgeschnitten sind, morgen noch in den Spiegel sehen können«, gab er den beiden Botschaftern für deren Regierung mit.

Es geht um das Völkerrecht

Man brauche keine Belehrungen, wies der chinesische Botschafter Zhang Jun die Moralpredigt zurück. Er hätte lieber über die von den EU-Staaten und den USA verhängten einseitigen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen Syrien gesprochen. Daß die EU und die USA sich hartnäckig weigerten, über diese Sanktionen zu sprechen, die Syrien und die Syrer enorm schaden, könne nur daran liegen, daß sie genau wüßten, welche verheerenden Auswirkungen diese Zwangsmaßnahmen auf die Syrer, die Regierung und das ganze Land hätten. »Nicht einmal einem Bericht des UNO-Generalsekretärs über die Auswirkungen dieser Zwangsmaßnahmen«, hätten EU und USA zugestimmt, hielt Zhang Jun den betreffenden Botschaftern vor und fragte: »Wovor haben Sie Angst?! Sie wissen genau, daß diese Sanktionen den Syrern schaden. Aber Sie können es nicht öffentlich zugeben, weil es Teil Ihrer Politik ist.«

In Politik und Medien kommen die Argumente, mit denen Rußland und China für eine Reduzierung der grenzübergreifenden Hilfslieferungen plädiert hatten, nicht vor. Die Botschafter beider Mitgliedstaaten des UNO-Sicherheitsrates mit dem Status eines Ständigen Mitglieds, hatten in ihren Stellungnahmen explizit erklärt, daß Hilfslieferungen für die Provinz Idlib befristet für ein Jahr über den Grenzübergang Bab al Hawa fortgesetzt werden sollten. Rußland forderte, die humanitäre Hilfe für ganz Syrien und alle Syrer gemäß der UNO-Resolution 46/182 aus dem Jahr 1991 zu regeln.

In diesem völkerrechtlich gültigen Beschluß wird die Koordination von humanitärer Hilfe mit der Regierung eines souveränen Landes nach den Grundprinzipien der Organisation der Vereinten Nationen geregelt. China forderte, die Auswirkungen der von der EU und den USA gegen Syrien verhängten einseitigen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen zu untersuchen. Diese verstießen gegen das Völkerrecht, schaden allen Syrern, hinderten die Regierung, die Bevölkerung des Landes zu versorgen und müßten aufgehoben wer-



Ein Flüchtlingslager in der Provinz Idlib, aufgenommen am 11. Juli 2020. Eines der Ziele der westlichen »humanitären Hilfe« besteht darin, die Menschen davon abzuhalten, aus den Flüchtlingslagern in den von Regierungsgegnern besetzten Gebieten nach Hause zurückzukehren und ihre Heimat nach den Kampfhandlungen wieder aufzubauen. (Foto: OMAR HAJ KADOUR/AFP)

den, so die Argumentation.

Rußland und China an den Pranger gestellt

Kein EU-Politiker, keine Nicht-Regierungsorganisation, keine Medien stellten diese Positionen für die Öffentlichkeit nachvollziehbar dar. Stattdessen wurden Rußland und China an den Pranger gestellt. Der deutsche Entwicklungshilfeminister Gerd Müller forderte einen »Aufschrei der Weltgemeinschaft ...«, der auch in Peking und Moskau gehört werden müsse. »Der von China flankierte Zynismus Moskaus ist unerträglich«, sagte der Abgeordnete und Außenpolitiker Omid Nouripour von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag. Auch die Partei Die Linke im Bundestag schließt sich dem an. Für ihre Fraktion erklärte die developmentpolitische Sprecherin Helin Evrim Sommer: »Wenn Mitglieder wie Rußland das Leben der Menschen als Pfand mißbrauchen, um Machtinteressen durchzusetzen, stellen sie das Gremium an sich infrage.«

Der FDP-Außenpolitiker

Alexander Graf Lambsdorff forderte einen Schulterschuß mit dem NATO-Partner Türkei: »Die Türkei steht im Norden Syriens mit mehreren Zehntausend Soldaten«, sagte Lambsdorff der »Passauer Neuen Presse«. Die Türkei könne »ihre starke militärische Präsenz im Nordwesten Syriens nutzen, um Hilfsorganisationen in von ihr kontrollierten Gebieten die Verteilung von Hilfsgütern zu ermöglichen«. Der »liberale« Politiker erwähnte nicht, daß die türkische Militärpräsenz in Idlib und in Afrin völkerrechtlich nicht legitimiert ist und de facto die Besetzung eines Territoriums des souveränen Staates Syrien darstellt. Stattdessen meinte er, es dürfe nicht um politische Interessen gehen, sondern um »die Erfüllung humanitärer Mindeststandards«.

Allerdings geht es um politische Interessen, wenn deutsche und andere westliche Außenpolitiker sich die »humanitäre Hilfe« oder den »Schutz von Menschenrechten« in Syrien zu Eigen machen und anderen dieses Anliegen absprechen. Die »humanitäre Inter-

vention« wird flankiert von Sanktionen, die – von der EU und den USA – als Mittel der Außenpolitik eingesetzt werden, um Staaten zu unterwerfen. Früher geschah das mittels eines Krieges, heute wird mit einer Intervention von humanitären Organisationen eine so genannte »soft power« eingesetzt.

Daß die einseitig verhängten Sanktionen dem Völkerrecht widersprechen, wird kurzerhand verschwiegen. Medien transportieren diese Darstellung einseitig und propagandistisch schon deshalb, weil die andere Position weder dargestellt noch erläutert, sondern pauschal denunziert wird.

»Soft Power« – »Humanitäre Intervention«

Die Nichtregierungsorganisationen, die in den Flüchtlingslagern in und um Syrien arbeiten, sind Botschafter dieser Politik und werden in großem Umfang mit Geldern aus der EU und deren Mitgliedstaaten, aus Washington und den Golfstaaten finanziert. Ihre Aufgabe ist einerseits, die Menschen von der Flucht nach Europa abzuhalten, andererseits soll deren Widerstandsfähigkeit, die so genannte »Resilienz« gestärkt werden. Allein in Idlib und den auf türkischem Boden liegenden Lagern sind bis zu 100 Hilfsorganisationen aktiv, die – von der Türkei, den Golfstaaten, der EU und den USA finanziert – in einem Bündnis mit diversen syrischen Regierungsgegnern, darunter auch der Muslimbruderschaft kooperieren.

Wenn ein reicher Golfstaat für eine halbe Million US-Dollar Schulbücher in die Flüchtlingslager schickt, damit die Kinder lernen, muß man sich fragen, was dort unterrichtet wird. Dem syrischen Curriculum dürfte der Unterricht kaum entsprechen, die junge Generation syrischer Flüchtlinge soll offenbar in Feindschaft zu ihrer Heimat aufwachsen. Gleichzeitig sollen die Menschen davon abgehalten werden, aus dem Aus-

land nach Syrien oder aus den Flüchtlingslagern in den von Regierungsgegnern besetzten Gebieten nach Hause zurückzukehren und ihre Heimat nach den Kampfhandlungen wieder aufzubauen.

Die EU – die im Mittleren Osten in die Fußstapfen der USA treten soll, und besonders Deutschland das auch will – weigert sich, die Realität in Syrien anzuerkennen und auf das Land und seine Regierung wieder zuzugehen.

Die Botschaften der Mitgliedstaaten in Damaskus könnten geöffnet, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit syrischen Unternehmen wieder aufgenommen werden. Es könnten Häuser gebaut, Betriebe geöffnet, Ausbildungsplätze geschaffen – und das alles in Syrien, nicht in den Flüchtlingslagern in den Nachbarstaaten. Zudem könnte die Rückkehr der syrischen Flüchtlinge aus den Nachbarländern, die das wünschen, unterstützt werden. Die humanitäre Hilfe könnte über Damaskus koordiniert werden und das ganze Land erreichen, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, IKRK, das sich anders als die EU an das Völkerrecht hält, zeigt, wie es geht.

Doch im Gegensatz zum IKRK hat die EU politische Interessen in der Region. Die Gefahr einer COVID-19-Pandemie wird als Vorwand genommen, um diese Interessen in Form zu bringen. Der deutsche Entwicklungshilfeminister Gerd Müller fordert nun einen EU-Sonderbeauftragten, der mit drei Milliarden Euro »armen Ländern« in der südlichen und östlichen »Nachbarschaft« der EU »helfen« solle. Die EU müsse »den EU-Schutzschirm und die Hilfsprogramme auch auf die Nachbarregionen in Afrika und im Krisenbogen um Syrien ausweiten«, meint er. »Die Tatsache, daß es sich dort um souveräne Staaten handelt, die Rechte haben und respektiert werden müssen, kommt in dieser Argumentation nicht vor.«

Karin Leukefeld



(Foto: Delil SOULEIMAN/AFP)



(Foto: Mohammed AL-RIFAI/AFP)

Während Konvois der USA-Truppen unbehelligt durch das Gebiet von Al-Hasaka im Nordosten Syriens fahren, um dort – laut Präsident Trump – »die Ölquellen zu schützen«, wurde am Dienstag im von Regierungsgegnern besetzten Gebiet der Provinz Idlib ein Anschlag auf eine russisch-türkische Patrouille verübt.